

Deutsch-Japanisches Symposium "Ökologie und Ökonomie in Deutschland und Japan"

Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg, 28.-29. Oktober 1995

Die Harmonisierung von Umwelt- und Ressourcenschutz auf der einen und wirtschaftlichem Wachstum auf der anderen Seite ist ein generelles Anliegen der Industrieländer und hat spätestens seit der internationalen Umweltkonferenz von Rio 1992 Eingang in die staatlichen Umweltpolitiken, aber auch in das unternehmerische Denken gefunden. Deutschland wie Japan sind als führende Weltwirtschaftsmächte in besonderem Maße von dieser Aufgabe betroffen. Japans Volkswirtschaft verzeichnet seit den sechziger Jahren weltweit die höchsten Wachstumsraten unter den Industrieländern; die damit einhergehende gigantische Beanspruchung globaler Ressourcen macht Ressourcen- und Umweltschutz zu einer über Japan hinausgehenden Notwendigkeit. In Deutschland hat sich mit der Öffnung der Mauer in dramatischer Weise die Folge von industrieller Produktion bei gleichzeitiger ökologischer Ignoranz im Osten des Landes gezeigt. Sachsen-Anhalt war in besonderer Weise mit den katastrophalen Folgen konfrontiert. Die ökonomische Krise und der anschließende Umstrukturierungsprozeß waren gerade aus diesem Grund verbunden mit der Hoffnung, hier wirtschaftliche Rekonstruktion mit einer konsequenten ökologischen Modernisierung der Wirtschaft zu verbinden.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der zweiten Deutsch-Japanischen Wissenschaftstage in Sachsen-Anhalt mit Unterstützung des Kultusministeriums und der Japan Foundation von dem Seminar für Japanologie und dem Universitätszentrum für Umweltwissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein deutsch-japanischer Dialog zum Thema "Ökologie und Ökonomie in Deutschland und Japan - Ansätze eines umweltverträglichen Wirtschaftswachstums" initiiert. An zwei Tagen diskutierten deutsche und japanische Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen über die Frage, was die Bedingungen sind, unter denen Ansätze einer ökologischen Umsteuerung gesichert und ausgebaut werden können.

Die leitenden Fragestellungen, die Prof.Dr. Gesine Foljanty-Jost, Leiterin des Seminars für Japanologie, in ihrem einführenden Beitrag für das Symposium umriß, erstrecken sich im wesentlichen auf drei Bereiche: 1. Bedingungen und Stand einer ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaften beider Länder unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. 2. Die Rolle des Staates bei der Sicherung einmal erreichter ökologischer Innovationen. Hier soll es insbesondere um die Steuerungsleistung von Umwelt- und Industriepolitik gehen. 3. Wie werden die Handlungskalküle von Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Akteuren bestimmt? Wie wird Umweltbewußtsein in umweltbewußtes Handeln transformiert?

Prof.Dr. Peter Knauer, Direktor des Universitätszentrums für Umweltwissenschaften und Geograph an der Martin-Luther-Universität, gab anschließend mit einem umfassenden Überblick über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung den theoretischen Rahmen, in den das Symposium eingebettet war. Er problematisierte die nach wie vor bestehenden Defizite in der Erstellung von griffigen Konkretisierungen des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung und stellte vor allem die vermeintliche Leitfunktion der Raum- und Regionalplanung in Frage.

Die Bestandsaufnahme, die die Volkswirte Marianne Halstrick-Schwenk vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung und Prof. Yuichi Hasebe von der Staatlichen Universität Yokohama vornahmen, machte deutlich, daß sowohl in Japan wie auch in Deutschland in den achtziger Jahren deutliche Entkopplungen zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch stattgefunden haben, d.h. der Verbrauch von Energie, Wasser und Boden pro produzierter Wertschöpfungseinheit ist zurückgegangen. Dies hat zu Umweltentlastungen geführt, wengleich konkret im Falle von Sachsen-Anhalt nach Aussagen von Dr. Rainer Lüdigg vom Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle e.V. diese Effekte vor allem dem Zusammenbruch der umweltbelastenden Produktionen geschuldet sind. Die Ursachen waren neben der umbruchsbedingten Krise in beiden Ländern ähnlich: Maßgeblich für diese Entwicklung war vor allem der technologische Wandel. Allerdings scheint in Japan der Verzicht auf Inlandsproduktionen und Anstieg von Importen umweltentlastende Effekte entscheidend begünstigt zu haben, was darauf hindeutet, daß mit ansteigenden Belastungen in den Bezugsländern zu rechnen ist.

Zu der Frage, wie diese Entwicklung stabilisiert und im Sinne einer zunehmenden Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns erweitert werden kann, fiel die Antwort einmütig aus: ohne staatliche Intervention geht es nicht. Prof.Dr. Martin Jänicke, Politikwissenschaftler von der Freien Universität Berlin, plädierte für eine ökologische Industriepolitik. Anders als in Deutschland hatte in Japan die staatliche Industriepolitik bei der Umorientierung der Wirtschaft von einer rohstoffintensiven zu einer wissensintensiven Struktur eine aktive Rolle eingenommen und dabei Instrumente eingesetzt, die auch für Deutschland interessant sind. Jänicke forderte neue staatliche Instrumente mit Dialog- und Planungskomponenten.

Dieser Gedanke durchzog auch die Beiträge von Prof.Dr. Wolf Schluchter, Umweltsoziologe an der Universität Cottbus, sowie von Prof.Dr. Yoshio Miyazaki und Prof. Yayoi Isono, Juristen an der University of Tokyo bzw. der Tokyo Economic University, die unterschiedliche Konzepte einer kooperations- und dialogorientierten Umwelt- und Industriepolitik vorstellten. Miyazaki diskutierte am Beispiel des neuen japanischen Umweltrahmengesetzes das Spannungsfeld zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen, das bei der Frage der Ökosteuer und der Umweltverträglichkeitsprüfung deutlich zutage getreten sei. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den in Japan üblichen Verzicht auf rechtliche Detailregelungen und die Bedeutung von informellen Absprachen zwischen Staat und Industrie. Isono konkretisierte diese Aussagen am Beispiel der kommunalen Umweltpolitik. Sie erläuterte unterschiedliche Praktiken informellen Verwaltungshandelns, wie Umweltschutzabsprachen und Empfehlungen, bei denen die Kommunen in Gesprächen mit betroffenen Unternehmen Schutzmaßnahmen aushandeln und dabei zum Teil auch betroffene Bürger einbeziehen. Für Deutschland stellte Schluchter das Triplexmodell vor, wonach in umweltrelevanten Entscheidungsprozessen Laienwissen aus der Bevölkerung gebündelt, durch Experten zu Beschlußvorlagen bearbeitet und den politisch Verantwortlichen im Entscheidungsprozeß vorgelegt wird. Bedeutsam - dies gilt für Japan wie für Deutschland - ist bei diesen Modellen das Kräfteverhältnis zwischen Industrie, Kommunen und Bürgern.

In Japans politischem System scheint die Kooperation zwischen Staat und Industrie unter Ausschluß der Öffentlichkeit auch im Umwelt- und Ressourcenschutz leichter möglich zu sein, da die Umweltbewegung keine Institutionalisierung in Form einer Parteigründung durchlaufen hat und fragmentiert und dezentral geblieben ist. Ursache für die geringe Durchsetzungsstärke von Umweltschutzinteressen auf lokaler Ebene sind aber auch die Monopolstellungen ortsansässiger Betriebe, die, wie Prof. Sadami Maruyama, Soziologe an der Universität Kumamoto, am Beispiel der Quecksilbervergiftungen im südjapanischen Minamata zeigte, dazu führen, daß trotz extremer Umweltschäden Teile der Bevölkerung das verantwortliche Unternehmen aus Angst um Arbeitsplätze decken. Das Modell des Volkswirts Prof. Dr. Masahiro Tabeta von der Senshu-Universität Tokyo zeigte hierzu die Alternative: Er entwickelte am Beispiel Okinawas ein Konzept von lokaler wirtschaftlicher Autonomie.

Dennoch blieb angesichts der Skepsis gegenüber einer Waffengleichheit von Staat, Industrie und Bürgern im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie die Frage nach dem unternehmerischen Engagement für einen ökologischen Umbau und nach seiner Verlässlichkeit von zentralem Interesse.

Prof. Dr. Josef Huber, Umweltsoziologe an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, gab einen Überblick über den aktuellen Stand von ökologischer Betriebsführung, "grünem Management" und Motivationslagen bei Betriebsführung und Beschäftigten. Er wies, ähnlich wie auch Volkswirt Prof. Dr. Fumikazu Yoshida von der Hokkaido Universität in seinem Beitrag über die japanische Umweltschutzindustrie, darauf hin, daß inzwischen von einem beträchtlichem Eigeninteresse an ökologischer Betriebsführung auszugehen ist. Nichtsdestoweniger schlossen sich beide der Einschätzung an, daß zumindest für eine Übergangsphase auf staatliche Instrumente wie die Ökosteuer nicht verzichtet werden kann, da sinkende Rohstoffpreise das Engagement für Einsparungen und entsprechende technologische Innovationen zum Erlahmen bringen.

Damit standen zumindest im Hinblick auf die Bedeutung einer Umweltsteuer die Wissenschaftler in Widerspruch zu den Vertretern der deutschen und japanischen Industrie, die an der abschließenden Podiumsdiskussion teilnahmen. Bei diesen herrschte der Optimismus vor, daß eine Harmonisierung von Ressourcenschutz und Wirtschaftswachstum erreicht werden könne; denn dies sei die zwingende Voraussetzung für künftigen Wohlstand. Allerdings räumten auch sie die Bedeutung von Kooperation und Dialog mit den Kommunen und den Bürgern ein, um den drei großen Fragen der Zukunft - der ökonomischen, der ökologischen und der sozialen - Rechnung tragen zu können.

Zum Abschluß des Symposiums kamen die Teilnehmer überein, daß der Dialog fortgeführt werden sollte. Geplant ist als erstes konkretes Ergebnis ein gemeinsames Forschungsprojekt zum Thema zwischen den Universitäten Halle und Hokkaido.